

# Meinung

## KOMMENTARE

### Mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau!



**Ulrich Paul** fordert, dass Berlin seine Flächen strategischer geschickter einsetzt.

Rein rechnerisch scheint alles klar: In Berlin müssen bis zum Jahr 2030 insgesamt 194 000 Wohnungen errichtet werden, um den Bedarf durch die wachsende Stadt abzudecken. Das geht aus einem am Dienstag vorgelegten Zwischenbericht von Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) zum Stadtentwicklungsplan Wohnen hervor, der nächstes Jahr fertig sein soll. Leider leidet das Werk darunter, dass es lediglich die Gesamtzahl der benötigten Wohnungen beziffert, aber keine Auskunft über die Art der Unterkünfte macht.

Genau darauf kommt es aber an. Wer will, dass die soziale Mischung Berlins in den Neubauvierteln erhalten wird, der muss selbstverständlich sagen, wie groß der Anteil der preiswerten Wohnungen sein soll. Vor fünf Jahren war die oft getroffene Aussage noch verständlich, dass jede neue Wohnung auf dem Markt hilft, weil es darum ging, den Wohnungsbau in Berlin anzukurbeln. Heute muss man feststellen: Nein, nicht jede Wohnung hilft. Entstanden sind nämlich zum großen Teil Eigentumswohnungen oder hochpreisige Mietwohnungen, vernachlässigt wurde dagegen der Bau preiswerter Unterkünfte.

Da Bauflächen knapp und begehrt sind, wäre es heute fahrlässig, nur auf die Zahl der zu bauenden Wohnungen zu schauen, nicht aber auf deren soziale Qualität. Da etwa jeder zweite Berliner ein so niedriges Einkommen hat, dass er Anspruch auf eine Sozialwohnung hätte, sollte dies in der Neubauplanung berücksichtigt werden. Das heißt, dass Berlin wieder mehr Geld in den Bau von Sozialwohnungen stecken muss. In diesem Jahr gibt es gerade mal Mittel für den Bau von 3 000 Sozialwohnungen, bis zum Jahr 2021 sollen es 5 000 sein. In Anbetracht von 20 000 Neubauwohnungen, die im gleichen Zeitraum pro Jahr benötigt werden, ist das aber immer noch zu wenig. Eine weitere Aufstockung der Fördergelder ist deswegen nötig, aber nicht der einzige Weg. Gut ist, dass Berlin von privaten Investoren verlangt, 30 Prozent der Wohnflächen als preisgebundenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, also als Sozialwohnungen. Das Land Berlin muss darüber hinaus seine Grundstücke so einsetzen, dass darauf kostengünstig gebaut werden kann. Kostenlos abgeben sollte Berlin seine Flächen jedoch nicht. Dafür gibt es zu wenig davon.

### Der Hass ist wieder da



**Markus Decker** findet, dass der ständige Machtkampf in der Linken die Partei schwächt.

Was immer man von dem Brief der linken Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht an ihre Abgeordneten-Kollegen halten mag, eines ist offenkundig: Er gewährt einen unverhüllten Blick in die Innenwelt der linken Führung. Wagenknecht bezieht die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger des Hinterhalts, der Intrige, des Mobbing und der Kampagne – und garniert dies mit dem Vorwurf, diese hätten selbst keinerlei Ausstrahlung auf die Wähler. Das Papier, das mit der Rücktrittsdrohung endet, ist eine Abrechnung. Und es spinnt jene Art der Auseinandersetzung fort, die wir von der Linken seit Beginn ihrer Existenz kennen. Nur die handelnden Personen variieren. Und die Anlässe.

Zum Jahreswechsel hatten Wagenknecht und ihr Co-Vorsitzender Dietmar Bartsch Kipping und Riexinger die Pistole auf die Brust gesetzt und gesagt: Entweder wir werden allein Spitzenkandidaten – oder gar nicht. Letztere haben das wegen Wagenknechts überragender Popularität schlucken müssen, obwohl sie sich das Verfahren so nicht bieten lassen konnten. Nun gibt es das Rückspiel. Zwar finden Machtkämpfe in jeder Partei statt. Doch in keiner Partei werden sie so knallhart ausgetragen wie in jener, die mit der Solidarität hausieren geht. Der einstige Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi sprach schon 2012 auf dem Göttinger Parteitag von „Hass“. Der Hass ist wieder da. Er macht die Linke weniger sympathisch und weniger politikfähig.

Der brutale Kleinkrieg schadet der Linken jedenfalls massiv. Dabei zeigt Wagenknechts Brief, dass eine Zusammenarbeit längst unmöglich geworden ist. Es wäre besser, es gäbe entweder eine andere Partei oder eine andere Fraktionsführung. Bleibt es, wie es ist, sollte der nächste Parteitag beschließen, die handelnden Personen in eine Gruppentherapie zu schicken. Es wäre gut investiertes Geld.



Auf geht's

Karikatur: Berliner Zeitung/Thomas Pfaffmann

## Berliner Zeitung

### Fragen an das eigene Alter



**Mechthild Henneke** meint, dass es schwierig werden kann, die letzten Lebensjahre in Würde zu verbringen.

Ein Altersheim zu betreten macht weiche Knie. Tief liegende Ängste um die persönliche Zukunft melden sich, dann sofort Erinnerungen an die Alten in der eigenen Familie und Fragen um das Ende des Lebens. Jeder ist gleich betroffen, denn wir werden ja alle alt – wenn wir Glück haben.

Hinter das Wort Glück schiebt sich schnell ein Fragezeichen, wenn man dann die Gemeinschaftsräume mit Mensch-ärger-dich-nicht-Spielen und Trockenblumen in der Vase sieht oder ein Zimmer betritt. Dass dieses ein Zuhause auf Zeit ist, ist unübersehbar. Alles ist praktisch, alles abwaschbar, alles kann morgen schon für den nächsten Menschen bereitgestellt werden. Der Gepflegte ist hier mehr Gast als Bewohner.

Der Wunsch wird drängend, in den eigenen vier Wänden die letzten Jahre zu genießen. Aber geht das? Reicht die Rente für die Miete? Die frisst jetzt schon zu viel vom Einkommen. Aber wohin dann? In Berlin sind kleine Wohnungen teurer als große, die vor dem Boom gemietet wurden. Und jetzt? Ein Teufelskreis aus Fragen, die zu immer weiteren führen, beginnt.

Alter und Pflege sind Themen, die für sehr, sehr viele Menschen mit Sorgen, sogar mit Not verbunden sind. An allen Ecken nur Probleme, die von Politikern und Behörden wahrgenommen, aber nicht bekämpft werden. Wer heute schon jemanden pflegt, weiß das.

Was ist zum Beispiel mit der Flexibilität, die von jedem Erwerbsfähigen erwartet wird und der gleichzeitigen Rolle als Tochter oder Sohn? Mutter oder Vater zu pflegen heißt Fahrerei, manchmal über Hunderte Kilometer, heißt immer Sorge, dass alles in Ordnung ist, wenn der Angehörige allein ist. Ein innerer Kampf, der er-

schöpft. Doch wer bereit ist, beruflich kürzerzutreten, erhält nur wenig Hilfe vom Staat. Zehn Tage Pflegeunterstützungsgeld oder sechs Monate Pflegezeit sind nicht ausreichend. Wer länger pflegt, kann ein zinsloses Darlehen beantragen. Geber ist das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben. Das mutet zynisch an. Wer die Pflege seiner Liebsten nicht in fremde Hände gibt, kann sich vom Staat einen Kredit holen, um Miete und Lebensunterhalt zu zahlen.

Menschen, die andere pflegen, sind zu bewundern. Sie müssen so stark sein. Wie schwer ist es, Mutter, Vater, Lebenspartnerin oder Lebenspartner leiden zu sehen, verfallen zu sehen, sterben zu sehen. Was braucht es an innerer Verfassung, jeden Tag neu, den geliebten Menschen zu waschen, zu füttern, mit ihm zu reden, auch wenn vielleicht seit Jahren keine Reaktion kommt? Pflegende von Demenzzkranken berichten von inneren Zerreißen, die einem die Hölle auf Erden bringen.

Und wie wird es erst in Zukunft aussehen? In einer Gesellschaft, in der die Selbstverwirklichung als Lebensziel die Fürsorge für andere längst überholt hat, fragt sich, wie es in 20 oder 30 Jahren un-

die Gruppe der pflegenden Angehörigen bestellt sein wird. Helfen die Kinder von heute ihren Eltern noch? Und was wird aus den Alleinstehenden, die oft auch kinderlos sind. Auf Neffen oder Nichten dürfen sie kaum hoffen.

Der Zerfall der Familien lässt die Aufgaben für den Staat noch größer werden. Zurzeit sind die pflegenden Angehörigen die größte Gruppe der Pflegenden. Diese Säule könnte wegbrechen. Der Pflegenotstand könnte sich dann – vor allem angesichts der Überalterung der Bevölkerung – zur Pflegekatastrophe auswachsen.

Und schon befinden wir uns wieder in dem Teufelskreis aus trüben Gedanken, der einen den Gedanken ans Alter lieber verdrängen lässt. Doch nur der Mut, sich mit dem Thema zu konfrontieren, schafft einen Ausweg. In der Vorsorgevollmacht können nahestehende Personen bestimmt werden, denen im Notfall wichtige Entscheidungen übertragen werden. Das können auch gute Freunde sein. In der Patientenvollmacht werden medizinische Fragen geregelt. Wer ganz mutig ist, kann eine Tour durch Pflegeeinrichtungen in der Stadt machen, um zu gucken, was für einen selbst am besten passt.

Vor dem Altersheim liegen jedoch auch für die Älteren unter uns noch Jahre, die hoffentlich in den eigenen vier Wänden in Gesundheit auf uns zukommen. Sich fit zu halten, Freunden und Familie zu zeigen, ich brauche euch und ich bin auch für euch da, ist wichtig. Private finanzielle Vorsorge ist – in dem Maße, wie irgendwie möglich – ebenfalls ein Standbein, das heutzutage zwingend ist. Das Alter ist unausweichlich. Seine Selbstbestimmtheit zu wahren, ist der einzige Weg, es in Würde auf sich zukommen zu lassen.

## KOLUMNE

### Einfach mal ein Update verpassen



Christine Dankbar

Ich denke jetzt öfter mal daran, wie es wäre, auf einer einsamen Insel zu leben. Mir geht es dabei weniger um die Einsamkeit als vielmehr um die Tatsache, dass es dort kein WLAN gibt. Oder ist das nur ein Trugschluss? Ohne WLAN müsste man sich jedenfalls nicht darüber aufregen, dass man mal wieder keinen WLAN-Empfang hat. Oder noch schlimmer, dass man einen schlechten WLAN-Empfang hat. So wie wir zu Hause meistens. Seit zwei, drei Jahren haben wir Internet-Fernsehen. Das bedeutet: Unendliche Möglichkeiten – aber nur theoretisch. Wir haben eine Milliarde Fernsehprogramme, die meisten davon in HD, hinzu kommen abonnierte Streaming-Dienste und diverse hinzugebuchte Sportsender – aber es ist jeden Tag aufs Neue unklar, ob wir einen davon in halbwegs akzeptabler Qualität empfangen können. Oder überhaupt. Der Grund dafür liegt im Dunkeln.

Unser Telefonanbieter hat mehrere halberzogene Versuche gemacht, die Lage zu verbessern. Ohne Erfolg. Da jede Maßnahme bisher vergeblich war, kommen sie uns mit ihren Tipps jetzt merkwürdig kumpelhaft entgegen: „Haben Sie schon mal den Stecker gezogen?“ Die Hoffnung, die man hegt, wenn das System dann ganz langsam wieder hochfährt, gleicht der des Sisyphos kurz bevor ihm der Stein wieder entgleitet. Ich weiß, der Vergleich ist vermessen, denn während es bei Sisyphos ums Existenzielle geht, entgleitet uns le-

Trotzdem macht das Ganze nachdenklich. Ich meine, man hört das doch überall: Der technische Fortschritt steigert sich exponentiell. Das heißt, es geht nicht mehr stetig voran, sondern schneller, immer schneller. Und ich frage mich jetzt ernsthaft, wer hier mit wem nicht mithalten kann. Kommen Sie mir jetzt nicht mit dem menschlichen Makel und damit, dass man im Alter die Knöpfe der Fernbedienung halt nur noch schemenhaft wahrnimmt und deshalb abgehängt wird – wir haben halbwegsige Kinder, die noch für jedes Problem ein Youtube-Tutorial gefunden haben.

Nein, ich glaube wirklich, dass es die Informationstechnologie an sich ist, der die Puste ausgeht. Zu schnell zu viel auf einmal. Stellen Sie sich eine Welt ohne Smartphones, Facebook, Twitter, Skype, Wikipedia, Netflix vor – dann landen Sie im Jahr 2000. Das alles ist keine zwei Jahrzehnte her! In wenigen Jahren haben wir das selbstfahrende Auto, Drohnen, die Pakete im Garten abwerfen mit Dingen, die wir – mit Glück – wirklich im Internet bestellen haben. Und womöglich begegnen uns dann in der U-Bahn schon die ersten Cyborgs, also Mitbürger, die sich mit Maschinenteilen optimieren ließen.

Heute Morgen meldete sich das Smartphone mit dem Hinweis, dass das Update über Nacht fehlgeschlagen sei. Vielleicht wäre für uns beide ein bisschen Insel-Auszeit wohlthuend.

## AUSLESE

### Jung und rechts

Und wieder ein Superlativ: Österreich bekommt sehr wahrscheinlich den jüngsten Regierungschef der Welt. 31 Jahre alt ist der ÖVP-Vorsitzende Sebastian Kurz. Doch sein jugendliches Alter kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Österreich politisch weiter nach rechts rückt.

In der *Süddeutschen Zeitung* definiert Stefan Kornelius den „politischen Zeitgeist“: „Der politische Zeitgeist in Europa ist kein scheues Reh. Er huscht nicht davon, wenn ein Lüftchen die Blätter säuseln lässt. Er hat eine gute Witterung und weiß, dass die Beute noch lange nicht erlegt ist. Der Zeitgeist denkt nicht rechts oder links, er denkt populär und verkürzt gerne ein wenig“, schreibt er. „Dieser Zeitgeist ist nun in Österreich in seiner Reinform zu betrachten. Kaum ein Land in Europa hat in kürzere Zeit einen derartigen Schub hin zum Rechtspopulismus erlebt.“ Das, so Kornelius, werde demnächst zum Problem der Europäischen Union werden.

Was sagt Kim Jong Un dazu?

Ähnlich wird das österreichische Wahlergebnis auch in der linksliberalen slowakischen Tageszeitung *Pravda* kommentiert: „Die große Koalition der ÖVP mit den Sozialdemokraten war sich besonders in der Immigrationspolitik uneinig, und Kurz setzte auf die Behauptung, die Koalition arbeite gegen den Willen der schweigenden Mehrheit“, heißt es dort. „Die Frage wird nun aber sein, welche Konsequenz er aus dieser Erkenntnis zieht. Denn wenn er eine Regierung mit den Freiheitsliebenden bildet, wird offensichtlich, dass seine Strategie nicht war, die extreme Rechte durch Übernahme ihrer Themen zu verdrängen, sondern sich tatsächlich ihr anzunähern.“

Die liberale Wirtschaftszeitung *Hospodarske noviny* aus Tschechien thematisiert das Alter des Wahlsiegers: „Was soll Kim Jong Un nun sagen? Unter den Regierungschefs und Präsidenten der Welt gehört das Primat, der jüngste zu sein, nun dem 31-jährigen Chef der Österreichischen Volkspartei, Sebastian Kurz“, schreibt der Kommentator. „Bravo, möglicherweise zeugt das von einer gewissen Offenheit der Österreicher. Und schließlich hat auch Kurz' Landsmann Wolfgang Amadeus Mozart im Alter von acht Jahren seine erste Symphonie komponiert. Doch ist die Karriere des ÖVP-Chefs nicht ein wenig überleitet? Hatte Kurz überhaupt eine Jugend im Sinne von gedanklichen Verwirrungen und anderen Fehlschlägen, um die heutigen jungen Menschen, die ihm zuhauf ihre Stimme gegeben haben, verstehen zu können?“

Ähnlich sieht es auch die Tageszeitung *La Presse de la Manche* aus dem nordfranzösischen Cherbourg. „Sebastian Kurz bereitet sich als Chef der Konservativen mit gerade mal 31 Jahren darauf vor, Kanzler Österreichs zu werden. Seinen Erfolg hat er auf zwei Dinge aufgebaut: Seine Jugendlichkeit und die Weigerung, Flüchtlinge aufzunehmen, die an der Grenze festsaßen“, liest man dort. „Es ist deshalb alles andere als sicher, dass Kurz' junges Alter eine Garantie für Modernität und Offenheit ist.“ *Christine Dankbar*

## Berliner Zeitung

### PFLICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN

Chefredakteur: Jochen Arntz.

Mitglieder der Chefredaktion: Elmar Jehn, Thilo Knott, Newsdesk: Chefs (Nachrichten/Politik/Wirtschaft): Tobias Miller, Michael Heun, Michaela Pfisterer, Textchefin: Bettina Cosack, Newsroom-Manager: Jan Schmidt.

Teams: Gesellschaft: Katja Reim, Investigativ: Kai Schlieter, Kultur: Harry Nutt, Regio: Arno Schupp, Malke Schultz, Karim Mahmoud, Service: Klaus Kronstein, Sport: Markus Lotter, Story: Christian Seidl, Meinungssache: Christine Dankbar, Seite 3: Bettina Cosack.

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes. Chefredakteur: Anja Reich

Art Direktion: Felix Scheer, Annette Tiedge Newsletter Regio: Sabine Deckwerth, Stefan Henseke, Newsletter Sport: Matthias Fritzsche, Jörg Winterfeldt.

DuMont Hauptstadredaktion: Steven Geyer (Leitung), Christian Bonmaris, Arno Widmann.

Autoren: Joachim Frank, Holger Schmalz, Dieter Schröder, Istanbul: Frank Nordhausen, London: Sebastian Berger, Moskau: Stefan Scholl, Paris: Axel Viel, Peking: Finn Mayer-Kuckuk, Rom: Regina Kemmer, Washington: Karl Doemans.

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH, Berlin/24 Digital GmbH, Geschäftsführung: Jörg Mertens, Alte Jakobstraße 105, 10969 Berlin, Lesertelefon: 030-63 33 11-457, E-Mail: leser-biz@dumont.de

Berliner Verlag GmbH Geschäftsführer: Michael Braun, Jens Kauerauf, Postadresse: 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstraße 105, Telefon: (030) 23 27-9; Fax: (030) 23 27-55 33; Internet: www.berliner-zeitung.de.

Vertrieb: BVZ Berliner Leserkreis GmbH, Kay Rentsch, Leserservice Tel.: (030) 23 27-77; Fax: (030) 23 27-76 www.berliner-zeitung.de/leserservice

Anzeigen: BVZ BM Vermarktung GmbH (BerlinMedien), Andree Fritzsche, Postfach 11 05 06, 10835 Berlin; Anzeigenannahme: (030) 23 27-50; Fax: (030) 23 27-66 97

Es gilt: Anzeigenpreisliste Nr. 29, gültig seit 1.1.2017. Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de

Die Berliner Zeitung erscheint sechs Mal in der Woche. Bezugspreis monatlich: 39,90 €; einschli. 7% Mehrwertsteuer, außerhalb von Berlin und Brandenburg 43,00 €; AboPlus, inklusive Stadtmagazin tip 45,10 € (nur in Berlin und Brandenburg). Bezugspreis des Studentenabonnements monatlich 23,90 €, außerhalb von Berlin und Brandenburg 24,60 €. Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft. Die Berliner Zeitung ist die reichweitenstärkste Abonnementzeitung Berlins und erreicht laut Medienanalyse 2017 in Berlin und Brandenburg täglich 305 000 Leser. ISSN 0947-174x